

**CBP-Forderungen  
zur Bundestagswahl**  
Rechte, Chancen, Corona  
S.3

**Sozialraumorientiert**  
Benediktushof betreibt  
Corona-Testzentrum  
S.12

# CBP-Info

Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V.



**Politische  
Teilhabe**  
Schwerpunkt ab  
S. 7

Beim Besuch des EU-Parlaments in Brüssel 2019 konnten sich die Teilnehmenden ein Bild von der Arbeit der Europapolitiker(innen) machen (s. Beitrag auf Seite 7 ff.).

**Liebe Leserinnen und Leser,** weltweiter Ausnahmezustand seit März letzten Jahres. Tägliche Lageberichte, ständig neue Informationen um das Virus, seinen Aufbau. Zwischen all den Corona-Informationen dringen immer häufiger auch Nachrichten durch, die an ein Thema erinnern, das noch bedrohlicher ist als die Pandemie: die absehbare Klimakatastrophe. Sie wird, sagen Expert(innen), ab einem weltweit dauerhaften Temperaturanstieg um durchschnittlich mehr als 1,5 Grad Celsius nicht mehr aufzuhalten sein, mit heftigsten Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen großer Teile der Menschheit. Vielleicht kann sie noch abgemildert werden, wenn jetzt der Ausstoß von CO<sub>2</sub> drastisch reduziert wird. Doch die

Maßnahmen, die bisher eingeleitet worden sind, stimmen nicht optimistisch. Wo ist da unsere Lern- und Anpassungsbereitschaft? Wo sind da die 82 Millionen Expertinnen und Experten? Gegen die Klimakatastrophe wird es keine Impfung geben. »

Was hat das mit der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie zu schaffen? Haben wir nicht genug zu tun mit der Bewältigung der Pandemie und der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes? Die Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes beschloss im Oktober letzten Jahres ein Papier zur Klimaneutralität (Download per Kurzlink: <https://bit.ly/3yR1odX>). Um den Forderungen der Caritas nach Klimagerechtigkeit und sozial gerechttem Klimaschutz Nach-

druck und Glaubwürdigkeit zu verleihen, beschloss die Delegiertenversammlung, dass die deutsche Caritas selbst bis 2030 klimaneutral sein soll. Diese Selbstverpflichtung gilt auch für den CBP und seine Mitglieder.

Das Papier nennt vier vordringliche Handlungsfelder: Gebäude, Mobilität, Beschaffungswesen und Finanzanlagen. Das sind Ansatzpunkte mit kurz-, mittel- und langfristigen Umsetzungsspannen. Es ist sicher nicht schwer vorherzusagen: Die Fülle der Gebäude, die überplant werden müssen, ist baulich mit bestem Willen in den verbleibenden gut neun Jahren nicht abschließend zu schaffen. Wenn man dennoch so viele Gebäude wie möglich bis 2030 klimaneutral ausrüsten will, braucht jeder Träger bereits heute eine Gesamtstrategie mit ambitionierten selbst gesteckten Zielen. Dass dazu auch eine ausreichende Finanzierung der baulichen Maßnahmen gehören muss, versteht sich von selbst. Staatliche Förderprogramme müssen dabei der eine Teil der Finanzierung sein, die Refinanzierung der Trägereigenanteile über höhere Investbeträge durch die jeweiligen Leistungsträger der andere. Gerade bei den Wohngebäuden für Menschen mit Behinderung muss eine hohe staatliche Förderung die Basis sein, andernfalls wären Mieten auf Grundsicherungsniveau noch weniger zu realisieren als heute.

Bei den anderen drei Zielfeldern sind rasche Schritte möglich und wichtig. In der Mobilität geht es nicht nur um die sukzessive Umstellung des Fuhrparks auf Fahrzeuge mit Elektroantrieb, wozu es ein spezifisches Förderprogramm der Bundesregierung für die Sozialwirtschaft gibt („Sozial & Mobil“). Es geht zuallererst darum, Mobilität inklusiv und klimaneutral zu denken: die Revitalisierung der gemeinschaftlichen Fortbewegung durch Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs oder Mobilitätsbörsen auf Nachbarschaftsbasis. Beim Thema Beschaffung müssen ökologische und soziale Gesichtspunkte mindes-

tens die gleiche Priorität bekommen wie der Preis. Das ist für Träger und Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie keine leichte Aufgabe, zumal die Selbstbestimmung der Bewohner(innen) selbstverständlich auch bei der Beschaffung von Lebensmitteln und anderen Waren zu berücksichtigen ist. Dennoch darf der sozial-ökologische Anspruch nicht nachrangig sein. Beim Thema Finanzanlagen der Träger gilt es, die Anlagekriterien um das des nachhaltigen, sozial gerechten Wirtschaftens zu erweitern.

Im CBP sollten wir die Ansätze für Klimaneutralität, mit denen sich bereits viele Mitglieder und Mitarbeitende intensiv befassen, immer auch unter dem Aspekt diskutieren, wie damit Inklusion und selbstbestimmte Teilhabe unterstützt werden können. Es gibt vielerorts anschauliche Beispiele dafür, wie Inklusion und Umweltschutz in Einklang gebracht werden: Wenn zum Beispiel Menschen mit Behinderung in Klimaschutzprojekten auf lokaler Ebene mitarbeiten, ist das politische Partizipation – Schwerpunktthema dieser Ausgabe.

Viel Freude beim Lesen wünscht  
Ihr




**Johannes Magin**  
Vorsitzender des CBP  
E-Mail: [j.magin-cbp@kjjf-regensburg.de](mailto:j.magin-cbp@kjjf-regensburg.de)

## Inhalt

### 3 CBP-Forderungen zur Bundestagswahl 2021

### 6 Langer Weg zu inklusiven Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung

#### Schwerpunkt: Politische Teilhabe

#### 7 Politische Bildung als Teil berufsvorbereitender Maßnahmen

#### 10 Mitarbeit im Lokalen Teilhabekreis: zwei Interviews

#### 12 Aus dem Verband

#### 15 Medientipps und Termine

#### 16 Nachgedacht

#### 16 Impressum

# Aktiv für die Rechte und Chancen von Menschen mit Behinderung

Der CBP hat zur im September bevorstehenden Bundestagswahl Forderungen verfasst, um die Rechte und Chancen von Menschen mit Behinderung politisch zu unterstützen.



Gemeinsam sind wir stark:  
Beziehen auch Sie Position  
und reichen Sie die zehn  
Forderungen in Ihrer Region  
weiter!

Bild CBP

## 1. Corona-Pandemie | Erstattung von Corona-bedingten Mehraufwendungen muss bundeseinheitlich geregelt werden – auch rückwirkend für das Jahr 2020

Der Bundesverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP) fordert eine bundesweit einheitliche und verbindliche Regelung zur

Finanzierung der Corona-bedingten Mehraufwendungen – analog zu § 150 SGB XI in der Altenhilfe – in dem Bereich der Eingliederungshilfe. Darüber hinaus fordert der CBP, zwingend nach der Pandemie die Auswirkungen bei Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen zu untersuchen. »

## 2. Corona-Pandemie | Gleichberechtigte gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderung

Der CBP fordert für Menschen mit Behinderung und/oder psychischer Erkrankung, die wegen einer Covid-19-Erkrankung auf die Begleitung durch eine vertraute Bezugsperson angewiesen sind, einen gesetzlichen Anspruch auf eine persönliche Assistenz während eines Krankenhausaufenthalts oder einer stationären Rehabilitation. Sollte die persönliche Assistenz durch Angehörige ausgeübt werden, gilt es den Verdienstausfall zu erstatten. Bei einer persönlichen Assistenz durch Personal aus besonderen Wohnformen oder von Pflege- und Assistenzdiensten sind die entstehenden Personersatzkosten zu übernehmen.

## 3. Bundesteilhabegesetz (BTHG) | „Flickenteppich der Teilhabe“ vermeiden und den Weg in die „Sackgasse“ stoppen

Der CBP begrüßt die stärkere Partizipation, Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung und psychischer Erkrankung durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG).

Der CBP fordert die Bundesregierung auf, eine angemessene Umsetzung der Personenzentrierung auf Grundlage des BTHG durch die Landesregierungen sicherzustellen. Der CBP regt daher für mindestens zehn Jahre ein bundesweites unabhängiges Monitoring für die Umsetzung des BTHG auf Landesebene durch den Bundesgesetzgeber an. Nur so können bewilligte Leistungen der Eingliederungshilfe bundesweit dem Anspruch der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen aus dem Art. 72 GG gerecht werden. Die Ergebnisse des Monitorings müssen im Bundestag beraten und bewertet werden, um gegebenenfalls durch Gesetzeskorrekturen mehr Teilhabe zu ermöglichen.

## 4. Teilhabe am Arbeitsleben | Erhöhung des Arbeitsförderungsgeldes und gerechte Vergütung für Mitarbeitende der Werkstatt für Menschen mit Behinderung sowie die Sicherung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf

Der CBP fordert im Rahmen der Teilhabe am Arbeitsleben für alle Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen, das Entgeltssystem der Werkstatt langfristig so zu regeln, dass die Beschäftigten durch regelmäßige Entgelterhöhungen – über die Erhöhung des Arbeitsförderungsgeldes – am volkswirtschaftlichen Wachstum teilhaben können und das Entgeltssystem den unterschiedlichen Situationen vor Ort entspricht.

Auch Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf sollen bundesweit einen Zugang zur Werkstatt für behinderte Menschen erhalten und ihr Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben ausleben dürfen. Dieses Recht wird bislang nur in Nordrhein-Westfalen gewährleistet.

## 5. Wohnen | Förderprogramme für inklusives Wohnen für Menschen mit Behinderung sicherstellen

Der CBP fordert deutlich stärkere Anstrengungen, um ausreichend

bezahlbaren, sozialen barrierefreien und inklusiven Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Der Bund soll den Ländern zweckgebundene Finanzhilfen für den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau gewähren, dabei sollen vom Bund insbesondere die Belange der Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen in den Blick genommen werden. Im Rahmen des geforderten sozialen und barrierefreien Wohnungsbaus sollen zehn Prozent aller neuen Sozialwohnungen barrierefrei (nach DIN 18040-2) gebaut und für am Wohnungsmarkt besonders benachteiligte Gruppen der Gesellschaft – insbesondere auch Menschen mit Behinderungen und Menschen mit psychischer Erkrankung – reserviert werden.

Die Verteilung muss auf kommunaler Seite mit verlässlichen und transparenten Verfahren abgesichert werden. Darüber hinaus benötigen Sozialunternehmen einen besseren Zugang zur Förderung des sozialen Wohnraums und zu kommunalen Grundstücken.

## 6. Digitalisierung | Finanzierung digitaler Teilhabe – digitaler Hilfsmittel sowie digitaler Heilmittelerbringung

Der CBP fordert, das Recht auf digitale Teilhabe für Menschen mit Behinderung bundeseinheitlich zu regeln und zu finanzieren. Das bedeutet, für Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen soll gesetzlich verankert werden:

- ♦ ein Rechtsanspruch auf digitale Teilhabe,
- ♦ ein Rechtsanspruch auf den Zugang zu digitalen Hilfsmitteln sowie auf digitale Heilmittelerbringung,
- ♦ ein Rechtsanspruch auf Assistenzleistungen zur Benutzung von digitalen Hilfsmitteln,
- ♦ ein Rechtsanspruch auf Befähigung zur Teilhabe an digitalen Kommunikationswegen im Rahmen des lebenslangen Lernens,
- ♦ ein Rechtsanspruch auf digitale Leistungen im Rahmen des SGB V und des SGB IX.

Dies erfordert die Erweiterung des Begriffs der Hilfsmittel um digitale Hilfsmittel, um analog und digital Teilhabe leben zu können.

## 7. Pflege | Pflegeversicherung muss Leistungen für Menschen mit Behinderung finanzieren

Der CBP fordert, die unzureichende Finanzierung von Leistungen der Pflege in Höhe von 266 Euro monatlich in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe gemäß der Pflegeversicherung bei häuslicher Pflege an den Pflegestufen auszurichten oder das Pflegegeld nach § 37 SGB XI zu gewähren.

## 8. Beendigung der Benachteiligung von Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen | Regelbedarfsstufe 1 in besonderen Wohnformen statt Regelbedarfsstufe 2

Der CBP fordert die Aufhebung des Anwendungsbereichs der Regelbedarfsstufe 2 in der Anlage zu § 28 SGB XII für Menschen

mit Behinderung, die in besonderen Wohnformen nach § 42 a Abs. 2 Satz 3 SGB XII leben, da dieser nicht rechtskonform ist und gegenüber der Regelbedarfsstufe 1 zu deutlich geringeren Mitteln führt.

### 9. Fachkräfte | Die Ausbildung der Heilerziehungspflege ist in Gefahr. Steigerung der Attraktivität durch Veränderung der Rahmenbedingungen und Fachkräfte-Offensive

Der CBP fordert für die Ausbildungsberufe in der Heilerziehungspflege und Heilpädagogik und anderen vergleichbaren Berufsgruppen in der Eingliederungshilfe:

- sie bei der Erhebung von Kennzahlen zukünftig zu berücksichtigen
- die Rahmenbedingungen der Ausbildungsberufe bundeseinheitlich anzupassen,
- Schulgeld und Ausbildungskosten mittels einer Refinanzierung abzuschaffen,
- die Ausbildungsvergütung bundeseinheitlich zu regulieren,
- eine durch Bundesmittel finanzierte Fachkräfte-Offensive für die Berufsgruppen in der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie.

### 10. Inklusive Leistungen für alle Kinder und Jugendlichen

Alle Kinder und Jugendlichen müssen die Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII in Anspruch nehmen können, und zwar unabhängig davon, ob keine Behinderung festgestellt wurde oder sie eine seelische, körperliche oder geistige Behinderung haben. Die Finanzierung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe muss sichergestellt werden. Eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe muss ausdrücklich auch die Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe umfassen, die schon jetzt inklusive Leistungen anbieten und ermöglichen.

Der CBP fordert eine sorgfältige Umsetzung der im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz beschlossenen inklusiven Lösung:

- Alle bisherigen Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen nach SGB IX müssen erhalten bleiben; die Leistungen nach SGB VIII dürfen nicht hinter die der Eingliederungshilfe nach SGB IX zurückfallen.
- Die Leistungsträger nach SGB VIII müssen sich für die Belange der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen aufstellen und qualifizieren; ein Know-how-Verlust durch den Zuständigkeitsübergang ist zu vermeiden.

Dieser administrative und fachliche Umstrukturierungsprozess ist sorgfältig zu begleiten.

Die Umsetzung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe wird Mehrkosten verursachen, deren Finanzierung sichergestellt werden muss.

Janina Bessenich  
CBP-Geschäftsführerin  
Kontakt: [janina.bessenich@caritas.de](mailto:janina.bessenich@caritas.de)

Die Forderungen sind als Flyer und als Broschüre in Leichter Sprache erhältlich.



## BESTELLHINWEIS

Sie können die Forderungen des CBP an die Politiker(innen) zur Bundestagswahl 2021 als Flyer und in Leichter Sprache als Broschüre unter [www.cbpcaritas.de](http://www.cbpcaritas.de) kostenfrei herunterladen.

Flyer und Broschüren sind auch als Print-Ausgabe erhältlich. Schreiben Sie uns einfach eine E-Mail an [cbp@caritas.de](mailto:cbp@caritas.de) oder bestellen Sie direkt über unsere Homepage [www.cbpcaritas.de](http://www.cbpcaritas.de) (hier finden Sie ebenso Forderungen zur Bundestagswahl mit ausführlichen Erläuterungen).

# Langer Weg zu inklusiven Leistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Der Fahrplan zur Inklusion für Kinder und Jugendliche wird fortgeschrieben.<sup>1</sup>

In diesem Jahr läutete das Bundesfamilienministerium das Gesetzgebungsverfahren zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) ein.<sup>2</sup> Die fachliche Arbeit des CBP konzentriert sich hierbei auf das Thema der inklusiven Lösung. Der Gesetzentwurf enthält eine Stufenlösung, die erst nach dem Beschluss eines neuen Bundesgesetzes zum 1. Januar 2027 die Einführung inklusiver Leistungen für alle Kinder und Jugendlichen – mit und ohne Behinderung – im Jahr 2028 vorsieht. Aus der Sicht des CBP sollte die inklusive Lösung sich nicht nur auf die Zuständigkeitsübertragung beschränken, sondern die strukturellen Rahmenbedingungen für die Gestaltung und die Erbringung inklusiver Leistungen schaffen.

## Erste Reformstufe ab 2021: mehr Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe

Durch den Gesetzentwurf soll die Kinder- und Jugendhilfe innerhalb des Systems des SGB VIII inklusiv gestaltet werden. Die Eingliederungshilfe nach SGB IX für Kinder und Jugendliche mit geistiger oder körperlicher Behinderung bleibt bestehen. Wichtig werden die vorgesehene Beratung zu Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie zu Schnittstellen zu anderen Leistungssystemen sein, außerdem die Zusammenarbeit der Leistungsträger im Gesamt- und Hilfeplanverfahren – die Ergänzung der Regelung in §§ 117 und 119 SGB IX. Die Umsetzung dieser Regelung ist die Voraussetzung für die inklusive Entwicklung neuer Leistungen.

## Zweite Stufe 2024 bis 2028: Verfahrenslotsen

Für Eltern werden sogenannte Verfahrenslotsen im Jugendamt eingeführt, und zwar als verbindliche Ansprechpartner(innen) in der Jugendhilfe. Die Regelung sieht die Verfahrenslotsen in der neuen Fassung des § 10b SGB VIII vor.

## Dritte Stufe ab 2028: Inklusion

Die „eigentliche“ inklusive Lösung soll nach dem Gesetzentwurf erst nach einer wissenschaftlichen Untersuchung und einem neuen Bundesgesetz erfolgen. Die Übernahme der vorrangigen Zuständigkeit des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe für Leistungen der Eingliederungshilfe auch an junge Menschen mit (drohender) körperlicher oder geistiger Behinderung wird geplant, wenn ein neues

Bundesgesetz bis 1. Januar 2027 auf der Grundlage einer prospektiven Gesetzesfolgenabschätzung (bis 2024) und der Ergebnisse einer (wissenschaftlichen) Umsetzungsbegleitung verkündet wird. Dies ist in der Übergangsregelung in § 107 SGB VIII Gesetzentwurf verortet.<sup>3</sup>

Die Gesetzgebung wurde vom CBP durch die gemeinsame Stellungnahme mit den Fachverbänden und die gemeinsame Pressemitteilung vom 9. März 2021 begleitet. Nunmehr wurde das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) verabschiedet. Mit dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens beginnt die Umsetzung in der Kinder- und Jugendhilfe.

## Weiterer Handlungsbedarf

Durch das Gesetz soll das System der Kinder- und Jugendhilfe zunächst inklusiv ausgestaltet werden, bevor die Leistungen für alle Kinder und Jugendlichen ab 2028 den Jugendämtern zugewiesen werden. Hierzu werden die entsprechende Finanzierung, personelle Ausstattung und die Fachlichkeit in Jugendämtern benötigt. Aus dem Weg zum Bundesteilhabegesetz hat der CBP gelernt, dass gesetzliche Rahmenbedingungen die Verwaltungspraxis überfordern, wenn das System und die Organisation der Leistungsträger unvorbereitet sind. Die Grundlage für die Verbesserungen müsste primär die bessere Finanzierung der Leistungen sein. Aus diesem Grund werden die wissenschaftliche Bearbeitung der inklusiven Lösung und die Stufenlösung des Bundesfamilienministeriums eng vom CBP begleitet. Weitere Maßnahmen, wie die Anerkennung der Leistungserbringer und der Fachkräfte, sind ebenfalls erforderlich. Der Weg ist weit. Verbandsintern gründet der CBP eine „Task Force Inklusive Lösung“ unter Einbindung der Mitglieder und der fachlichen Expertise der Wissenschaft. Die Task Force hat die Aufgabe, die Umsetzung der Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe zu beobachten und den Handlungsbedarf durch fachliche Ansätze zu formulieren. jb

## Anmerkungen

1. Eine Ergänzung zu dem Beitrag im CBP-Info 2/2021, S. 4.
2. Zum Redaktionssende war das Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen: <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP19/2720/272013.html>
3. Gesetzentwurf per Kurzlink: <https://bit.ly/3cbqb2A>



Im Nachgang des Besuchs 2019 in Brüssel (s. Titelbild) erläutert ein Teilnehmer das Zusammenwirken der EU-Organe.

Bild Franz Sales Haus

## Grundlegung für politische Partizipation

Das Franz Sales Haus in Essen hat Projekte und Module der politischen Bildung fest in seine berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen integriert.

In den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB-Reha) des Franz Sales Hauses in Essen geht es in erster Linie darum, Jugendlichen und jungen Erwachsenen berufliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Teilnehmenden der Maßnahmen stehen im Grenzbereich zwischen Lernbehinderung sowie geistiger Behinderung und/oder psychischen Beeinträchtigungen. Sie bekommen hier die Chance, ihre berufliche Perspektive zu entwickeln und sich gut auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Begleitet werden die Heranwachsenden von einem

multiprofessionellen Team: Bildungsbegleiter(innen), Psycholog(inn)en, Ausbilder(innen), Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte arbeiten gemeinsam mit den Teilnehmenden.

Neben der Berufsorientierung, dem Erwerb notwendiger Basiskompetenzen sowie dem Erlernen von Kulturtechniken sind auch die Vermittlung interkultureller Kompetenzen und die Förderung der politischen Teilhabe wichtige Bausteine in der Arbeit mit den Jugendlichen, um ihre Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft und am

Arbeitsleben zu verbessern. Fähigkeiten wie Engagement oder Konfliktlösung sind Kernkompetenzen, die die Teilnehmenden für ihr gesamtes Leben benötigen. Daher legen wir auch stets ein Augenmerk auf die politische Bildung unserer Jugendlichen.

Dieses Vorhaben ist nicht immer einfach, denn die Teilnehmenden bringen oft kein besonderes Interesse an politischen Themen mit. Die Gründe dafür sind so vielfältig wie die Jugendlichen selbst. Manche sehen keine Relevanz in politischen Fragen, denn sie finden sich nicht in den Aussagen der lokalen Politiker(innen) wieder. Manche können die Komplexität der Themen in den Nachrichten nicht erfassen. Einige fühlen sich von der Gesellschaft abgehängt oder haben das Gefühl, den politischen Prozessen machtlos ausgeliefert zu sein. „Das geringe Interesse an Politik aus vielfältigen Gründen stellen wir im Übrigen nicht nur bei der BvB-Reha, sondern auch bei den Teilnehmenden unserer anderen Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration fest“, so Nicole Köster, Leiterin des Bereichs Arbeitsmarktintegration im Franz Sales Haus.

### Zunächst gilt es, politisches Basiswissen zu schaffen

In dem Wissen, dass der Zugang zu politischen Themen für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung ist, ist es den Mitarbeitenden ein großes Anliegen, die politische Willensbildung und damit verbundene Entscheidungsprozesse der Teilnehmenden zu stärken, um extremistischen Positionen vorzubeugen. Daher haben es sich die Mitarbeitenden zur Aufgabe gemacht, den Teilnehmenden ein Basiswissen zu vermitteln und politische Teilhabe erlebbar zu machen. Aufhänger sind meist aktuelle Themen, die nah an der Lebenswelt der Jugendlichen sind, aber auch anstehende Wahlen.

Am Anfang stehen immer viele Fragen: Wie funktioniert die Demokratie in Deutschland? Warum ist europäische Politik wichtig? Warum sollten alle Bürger(innen) wählen gehen? Wie läuft eine Wahl ab? Und vor allem: Wofür stehen die einzelnen Parteien, die sich zur Wahl stellen? Diese Basics müssen zunächst für alle verständlich und anschaulich erklärt werden. Die Mitarbeitenden nutzen dazu unterschiedlichste Methoden wie Schaubilder und Videos in Leichter Sprache.

### Einblicke an Orten des politischen Geschehens

Fassbar werden die Themen, wo immer sie die Lebenswelt der Teilnehmenden berühren, etwa bei der Beschäftigung mit Rechten von Kindern und Jugendlichen. Um Politik konkreter anschaulich zu machen und die Dimensionen politischer Entscheidungen zu verdeutlichen, bieten abwechslungsreiche Exkursionen in den Landtag, zu unterschiedlichen Parteien, ins Haus der Geschichte in Bonn oder sogar nach Brüssel ins EU-Parlament Gelegenheit (s. Titelbild dieser Ausgabe). Die Teilnehmenden erleben dort vor Ort, dass sich ranghohe Politiker(innen) für sie Zeit nehmen und ihnen erklären, wie Politik vor Ort gemacht und was für junge Erwachsene getan wird. „Die waren sehr freundlich und haben sich große Mühe gegeben, uns das

alles zu erklären“, meinte Teilnehmerin Leonie M. anerkennend nach ihrer Exkursion in den nordrhein-westfälischen Landtag. „Aber es war nicht immer leicht, das alles zu verstehen.“ Im Nachgang bleibt oft, dass nicht nur die Inhalte Wirkung zeigen, sondern auch das positive Gefühl, das sich mit einem solchen Erlebnis verbindet.

Um Anlässe wie die kommende Bundestagswahl zum Thema zu machen, greift das BvB-Reha-Team gezielt Alltagsthemen der Teilnehmenden auf, die für sie eine hohe Relevanz haben. Hier werden immer schnell unterschiedliche Sichtweisen deutlich. Auf dieser Grundlage wird mit den Jugendlichen ein Modellparlament gegründet mit „Parteien“, die die verschiedenen Positionen vertreten. So kommen die Teilnehmenden miteinander in den Diskurs und erfahren, wie schwierig es ist, einen Konsens zu finden. Ganz nebenbei werden dadurch Argumentationsfähigkeit sowie Toleranz geschult und der eigene Horizont erweitert.

So hat sich Daniel H. zum ersten Mal Gedanken über Politik gemacht und durch das Rollenspiel gemerkt, welche Bedeutung das für seine Zukunft hat: „Jetzt finde ich Politik voll gut, und wenn die nicht wäre, würde alles aus dem Ruder laufen.“ Jennifer S. hat gemerkt, „dass es nicht immer einfach ist, sich zu einigen. Aber man muss zusammenarbeiten, wenn man sein Ziel erreichen will.“ Justin B. ist, was Wahlen anbelangt, weiterhin skeptisch. Aber immerhin hat er beschlossen: „Ich werde wählen gehen, damit ich weiß, ob meine Stimme was bringt.“

### Jährlicher Josefstag mit je eigenem politischen Schwerpunkt

Verschiedene Wahlen waren auch bereits Teil des Mottos der bundesweiten Aktion „Josefstag“, die jedes Jahr am 19. März stattfindet. Dieser Aktionstag katholischer Träger der Jugendberufshilfe macht öffentlichkeitswirksam auf die Anliegen der jungen Menschen aufmerksam. Dazu werden Kooperationspartner und namhafte Vertreter(innen) aus Politik, Wirtschaft und Kirche eingeladen. Jedes Jahr treten die jungen Erwachsenen beim jeweiligen Gesprächsforum mit den Gästen in einen Dialog. So gelingt es den Jugendlichen im Gespräch auf gemeinsamer Augenhöhe, ihre Situation und den entsprechenden Handlungsbedarf zu verdeutlichen.

Bei jedem Josefstag geht es um ein eigenes politisches Schwerpunktthema, das für junge Erwachsene wichtig ist. Mit ihm setzen sich die Teilnehmenden der BvB-Reha im Vorfeld der Aktion monatelang intensiv auseinander. Sie fragen nach den Ursachen der jeweiligen Problematik, bilden sich eine Meinung, diskutieren und suchen mit Unterstützung nach Auswegen – zum Beispiel, wenn es um faire Arbeitsbedingungen, Digitalisierung oder Migration geht.

Für die Teilnehmenden mit Migrationshintergrund passte das Jahresmotto „Herkunft egal – Ziel klar!“ gut zu ihrer Lebenswelt. Sie spüren in ihrem Alltag an vielen Stellen deutlich eine Chancenungleichheit und erleben soziale Benachteiligungen. Damit sich das nicht zwingend in der Arbeitswelt fortsetzt, will die Maßnahme des Franz

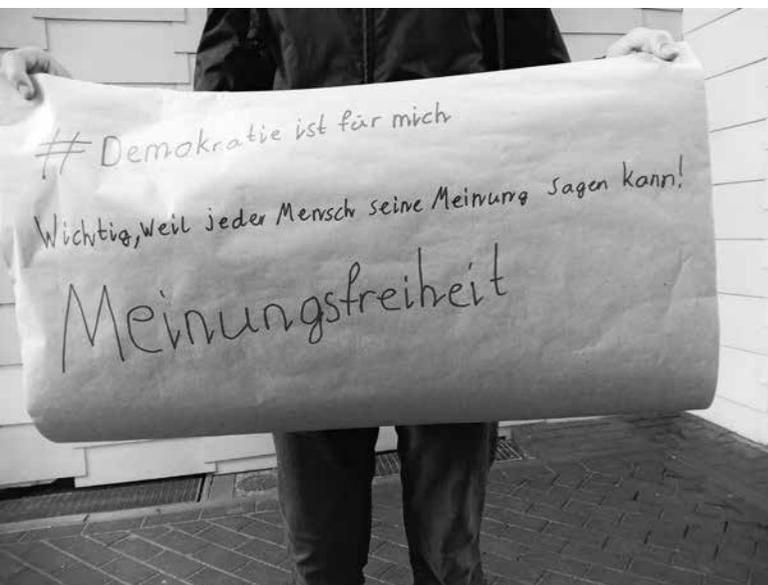
Sales Hauses die richtigen Weichen für die Zukunft stellen. Gemeinsam werden Talente und berufliche Perspektiven entwickelt. Das macht den Teilnehmenden Mut.

## Kreative Ausdrucksmöglichkeiten erschließen trockene Themen

Die Ergebnisse der intensiven Auseinandersetzung mit dem Schwerpunktthema des Josefstags sind jedes Jahr beachtlich und bekommen den verdienten Applaus, wenn sie zum Abschluss der Öffentlichkeit präsentiert werden. So auch beim Aktionsmotto „Flüchtig“, zu dem die Teilnehmenden und die Fachkräfte ein Theaterstück inszenierten. Die anfängliche Skepsis der Jugendlichen, vor großem Publikum auf der Bühne zu stehen, wandelte sich mehr und mehr zum begeisterten kreativen Arbeiten. Denn das Theaterspielen ermöglicht einen alternativen Zugang zur eigenen Biografie. „Ich wusste nicht, dass Theaterspielen so viel Spaß macht“, berichtet Jajou E. nach der gelungenen Premiere. „Trotz der langen Texte hab ich alles richtig gemacht. Das war echt krass, und ich will unbedingt weitermachen.“ Theaterprojekte sind ein spannendes Medium, das Kontinuität, Teamgeist, Mut und Selbstvertrauen vermitteln kann.

Generell vermitteln die Methoden der BvB-Reha den Teilnehmenden positive Erlebnisse, die unmittelbar mit den vermeintlich schweren, trockenen Themen verbunden werden. Ein Beispiel: Morgens im Dunkeln mit dem Bulli nach Brüssel zu starten löst bei den Teilnehmenden ein Glücksgefühl aus. In dieser Stimmung sind alle viel aufnahmefähiger für den Besuch im Europaparlament. Im Nachgang wird eine Gesprächsrunde mit einer EU-Politikerin, die für unsere jungen Erwachsenen mit kognitiven Einschränkungen wahrscheinlich genauso trocken ist wie im Parteibüro in Essen, dennoch positiv abgespeichert, weil das Gefühl ein vollkommen anderes ist.

Bild Franz Sales Haus



Bei der Aktion #Demokratieistfürmich formulierten Teilnehmende Aussagen zu den Themen, die ihnen wichtig sind.

Viele Projekte haben die Jugendlichen zu unterschiedlichen Themen aktiviert: Sie texteten einen Rap, produzierten das Musikvideo „100% Mensch“, drehten Videoclips für den Wettbewerb „Heimspiel für Zivilcourage“, erarbeiteten mit Expert(inn)en einen Leitfaden zum Thema Jugendarmut. Und sie profitierten von einer Kooperation mit dem BvB-Lernzentrum: Bei dieser Initiative des Fanprojekts Dortmund e. V. in Kooperation mit dem Fußballverein Borussia Dortmund konnten die jungen Erwachsenen beispielsweise an den beeindruckenden Workshops „Über Rechtsaußen“ zum Thema Rassismus und Rechtsextremismus oder „Im Abseits“ über Diskriminierung teilnehmen. Die spannend vortragenden Dozent(inn)en trugen dabei wesentlich dazu bei, dass die Teilnehmenden den Themen ihre volle Aufmerksamkeit schenken und die Inhalte auch auf ihre Lebenswelt übertragen. Die gute Vernetzung der Mitarbeitenden der BvB-Reha lohnt sich besonders bei der Arbeit an solchen schwierigen Themen.

## Lernmodule beugen extremistischen Gefahren vor

Soziales Engagement ist eine weitere Facette der BvB-Reha – und zugleich ein Schlüssel zur Prävention, wenn es um Diskriminierung, Fanatismus und Rassismus geht. Solche Themen spielen im Alltag der Teilnehmenden immer wieder aktiv oder passiv eine große Rolle. Denn auch unter den Jugendlichen befinden sich Opfer wie Täter. Deshalb hat das Team immer wieder wirksame Projekte angestoßen, um einer Radikalisierung entgegenzuwirken.

In wiederkehrenden Lernmodulen werden die Teilnehmenden sensibilisiert, um auf mögliche extremistische Ansichten in ihrem Umfeld angemessen reagieren zu können. Das Kennenlernen anderer Kulturen ist fester Bestandteil der Maßnahme und wird auch in der bunten Zusammensetzung der Teilnehmenden jeden Tag gelebt. Im Rahmen des interreligiösen Projekts finden Besuche verschiedener Gotteshäuser statt. Dadurch kommt es zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den ähnlichen moralischen Werten in Islam, Judentum und Christentum.

Bei der etablierten Aktion „72 Stunden“ des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) kamen die Teilnehmenden in Kontakt mit Senior(inn)en, haben sich für Obdachlose engagiert oder sich um die Sauberkeit in der Stadt gekümmert, um ein Gefühl für bürgerliches Engagement zu bekommen.

So werden die jungen Menschen für die oft fremden Lebenswelten anderer Menschen sensibilisiert und lernen, auch dem Fremdem mit Respekt und Toleranz zu begegnen. Schließlich dienen alle Projekte und Impulse, die die Teilnehmenden bei der BvB-Reha erhalten, nicht nur der Berufsvorbereitung, sondern eben auch einer gelingenden sozialen und politischen Teilhabe an der Gesellschaft.

**Robert Lichtenstein**

Teamleiter der BvB-Reha im Franz Sales Haus, Essen

Kontakt: robert.lichtenstein@franz-sales-haus.de

# Ideen entwickeln, Dinge verbessern im Lokalen Teilhabekreis

Marko Trenkel (44), Gründungsmitglied des Lokalen Teilhabekreises Reken, und sein Case Manager Christoph Hartkamp (64) berichten in Interviews für das CBP-Info über Möglichkeiten für mehr Inklusion.



Marko Trenkel (Mitte) mit Case Manager Christoph Hartkamp (rechts) und Christel Büning vom Ehrenamtsbüro der Gemeinde Reken bei einer Ausschuss-Sitzung der Gemeinde.

Bild Benediktushof Maria Veen/Marit Konert

Seit 1993 lebt Marko Trenkel im Benediktushof Maria Veen, einer Einrichtung für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen im westlichen Münsterland in Nordrhein-Westfalen. Er arbeitet dort in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Wegen seiner Bewegungseinschränkungen nutzt Marko Trenkel eine spezielle Computertastatur. Nach Feierabend surft er gerne durchs Netz, versendet E-Mails oder ist in den sozialen Medien unterwegs. An Wochenenden oder schönen Sommerabenden fährt er gern mit seinem E-Rolli durch die Gemeinde Reken. Vor der Coronazeit besuchte er manchmal die Freiwillige Feuerwehr nach deren Übungsabenden auf ein Feierabend-Bier.

Im Lokalen Teilhabekreis (LTK) Reken macht Marko Trenkel sich mit vielen anderen Personen und Vereinen seit 2012 für die Belange von Menschen mit Behinderung stark. 2021 wurde er als sachkundiger Bürger mit beratender Stimme im Schul-, Inklusions-, Sport-, Integrations-, Familien- und Kulturausschuss der Gemeinde Reken verpflichtet. Als Experte in eigener Sache setzt er sich vor allem für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein. Bei den Sitzungen assistiert ihm sein Case Manager Christoph Hartkamp vom Benediktushof. Denn Marko Trenkels Behinderungen wirken sich auch auf seine Sprache und Aussprache aus. Wer ihn kennt und sich in seine Worte „hineingehört“ hat, kann ihn verstehen. In größeren Diskussi-

onsrunden klappt die Verständigung einfacher mit seinem „persönlichen Übersetzer“ Christoph Hartkamp.

#### **Herr Trenkel, Sie sind seit mehr als acht Jahren ehrenamtlich im LTK Reken aktiv. Was haben Sie erreicht?**

Die Gemeinde Reken achtet inzwischen darauf, dass größere regelmäßige Veranstaltungen wie „Reken rockt“ (Musikveranstaltungen in den Kneipen vor Ort) oder Feste wie „Reken ist bunt“ (inklusive Kinder- und Familienfest) barrierefrei sind. Es gibt Fahr- und Begleitedienste für Menschen mit Behinderungen. Es gibt barrierefreie Eingänge und Plätze in der Nähe der Bühnen. Für Menschen mit Behinderungen ist es leichter geworden, teilzunehmen.

#### **Wo gibt es Probleme im öffentlichen Leben?**

Der LTK wird auch bei Baumaßnahmen gefragt, zum Beispiel beim Umbau an unserem Bahnhof. Dort hat sich für Rollstuhlfahrer einiges verbessert, aber nicht alles – was nicht an der Gemeinde lag, sondern an der Bahn. Der Einstieg in die Triebwagen ist für Rollstuhlfahrer nur über eine gesonderte Treppe möglich. Die muss der Bahnführer eigenhändig ausfahren. Das ist für beide Seiten schwierig.

#### **Wie macht der Teilhabekreis öffentlich auf sich aufmerksam?**

Zum Beispiel durch „Mein Platz in der Gemeinde“, eine Stühle-Aktion, bei der sich 50 Personen, Gruppen, Vereine und Schulen betei-

ligt haben. Besondere Stühle, auch Rollstühle, wurden gebaut, bemalt oder geschmückt und dann bei einer großen Ausstellung gezeigt. Vor Corona war das noch möglich. Alle kamen miteinander ins Gespräch. Das hat Spaß gemacht. 2018 haben wir mit dem LTK gute Aktionen beim Katholikentag in Münster gemacht, da hat sich auch die damalige Ministerin Franziska Giffey längere Zeit mit uns unterhalten.

#### **Warum engagieren Sie sich im Schul-, Inklusions-, Sport-, Integrations-, Familien- und Kulturausschuss der Gemeinde?**

Ich bin hier seit ein paar Monaten sachkundiger Bürger, weil ich mich in die Politik einbringen möchte. Menschen mit Behinderungen sollten bei allen Aktivitäten und Begegnungen teilnehmen und dabei sein können, wenn sie das möchten. Alles müsste viel selbstverständlicher werden. Menschen mit Behinderungen gehören dazu. Es ist wichtig, dass die Menschen miteinander reden und etwas zusammen machen. Dann wird vieles leichter. Ich finde, dass es Prämien für barrierefreies Bauen geben muss und dass bei Neubauten alle Türen und Aufzüge von jedem geöffnet werden können.

#### **Welche Charaktereigenschaften sind wichtig, wenn man sich einmischen und gestalten will?**

Man muss sich für Sachen interessieren und man sollte neugierig sein. Das war ich schon als Kind. Und manchmal auch etwas dickköpfig.

## Begegnungen schaffen und begleiten: „Inklusion konkret“

Christoph Hartkamp ist Diplom-Sozialarbeiter und Case Manager im Benediktushof sowie Mitarbeiter im Ehrenamtsbüro der Gemeinde Reken. Unter dem Motto „Inklusion konkret“ setzt er darauf, immer wieder Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderungen zu schaffen und zu begleiten.

#### **Herr Hartkamp, wie funktioniert „Inklusion konkret“?**

Indem wir Begegnungen in geeigneten Räumen vor Ort schaffen und begleiten. Das trägt dazu bei, möglicherweise bestehende negative Erfahrungen oder Unsicherheiten im Umgang miteinander durch positive Erfahrungen zu „überschreiben“, also wettzumachen. Das kann durch Musik-, Kultur-, Kunst-, Sportveranstaltungen geschehen, durch inklusive Projekte in der Jugendarbeit oder durch Inklusionsfirmen im Bereich der Arbeit. Wenn „Verschiedenheit“ als Bereicherung erlebt wird, können auch „Barrieren in den Köpfen“ abgebaut werden. Da sind wir im Benediktushof zusammen mit der Gemeinde Reken in den letzten 20 Jahren ein gutes Stück vorangekommen.

#### **Wie kann politische Teilhabe für alle verbessert werden?**

Wichtig sind Bildungsangebote in Leichter Sprache für Menschen mit

Behinderungen inner- und außerhalb von Einrichtungen. Dazu braucht es Motivation und Kompetenzen bei relevanten Bildungsträgern. Auch politische Parteien und zivilgesellschaftliche Akteure beispielsweise aus den Bereichen Natur- und Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklungshilfe oder Geschlechtergerechtigkeit sollten sich um leichter verständliche Darstellungen ihrer Programme bemühen!

#### **Welchen Beitrag können Menschen mit Behinderung leisten?**

Sie können sich, wie alle anderen auch, ehrenamtlich und vor Ort einbringen. Zum Beispiel als sachkundige Bürger(innen) in der Kommunalpolitik, als Helfer(innen) in Lokalen Teilhabekreisen, als Fachleute für Leichte Sprache, als Streckenposten beim Volkslauf, beim Kaffee- und Kuchenverkauf im Repair-Café, beim Verteilen von Plakaten fürs Sommerfest. Oder indem sie Museen, Bibliotheken oder Musikhallen auf Barrierefreiheit überprüfen und daraus einen „Kulturführer für Alle“ entwickeln. So funktioniert Teil-Habe auch als Teil-Gabe!

Die Fragen stellte Marit Konert

*Benediktushof Maria Veen*

*Kontakt: presse@benediktushof.de*

# Im Bürgertestzentrum arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung Hand in Hand

Das Corona-Testzentrum als Angebot einer Einrichtung der Behindertenhilfe:

„Wir können mitgestalten und uns einbringen.“

Im Bürgertestzentrum des Benediktushofs Maria Veen arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung erfolgreich zusammen. Jeder hat seinen Platz im Team, und alle sind erfahren im Umgang mit Menschen jeden Alters und unterschiedlicher Fähigkeiten. Ein freundlicher Umgang mit den Kund(inn)en ist selbstverständlich. Eine zu hundert Prozent barrierefreie Umgebung ebenfalls.

„Wir haben es hier mit sehr vielen verschiedenen Menschen zu tun. Das ist interessant und abwechslungsreich“, bringt Marvin Bielefeld seine Eindrücke auf den Punkt. Normalerweise ist der 27-Jährige in der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) des Benediktushofes Maria Veen beschäftigt. Doch seit dem Frühjahr arbeitet er – wie auch Frank Ackermann, Sarah Kirst und Jana Tappendorf – stundenweise im Bürgertestzentrum Benediktushof. Mit Unterstützung weiterer Azubis aus der Einrichtung nehmen sie die Testwilligen im Benediktussaal in Empfang, erklären ihnen den Ablauf, händigen Formulare zum Ausfüllen für die Dokumentation aus und übernehmen ihnen abschließend die Ergebnisse der Corona-Schnelltestungen.

Bild Marit Konert



Marvin Bielefeld (rechts), Mitarbeiter der WfbM, unterstützt die Arbeit im Bürgertestzentrum Benediktushof.

## Ein eingespieltes Team

„Wenn die Leute auf ihr Ergebnis warten möchten, drucken wir es ihnen direkt aus“, erklärt Frank Ackermann das Vorgehen. Die Wartezeit beträgt rund 15 Minuten. Auf Wunsch bekommen Getestete ihre Ergebnisse per E-Mail oder Handy-Nachricht. Frank Ackermann gefällt die Arbeit, meist vormittags, im Bürgertestzentrum. Nachmittags setzt der 50-Jährige dann seinen Arbeitstag in der WfbM-Verwaltung fort. Dort erfasst er Bestellungen oder schreibt Lieferscheine und Rechnungen für Kunden der Werkstatt.

Neben den Werkstatt-Beschäftigten gehören weitere neun Mitarbeitende zum Team im Bürgertestzentrum – Betreuer(innen) aus den Wohnbereichen des Benediktushofs und aus dem Ambulant Betreuten Wohnen; viele sind Heilerziehungspfleger(innen). Für die Arbeit im Testzentrum wurden sie medizinisch geschult: Routiniert und sicher nehmen sie bei den Testpersonen die Nasen- oder Rachenabstriche, geben diese in die Testflüssigkeit und lesen die Ergebnisse ab.

Wohnbereichsleiter Matthias Hartkamp (37), der das Testzentrum im März mit Kolleg(inn)en und in Abstimmung mit den örtlichen Gemeinde- und Kreisverwaltungen aufgebaut hatte, ist zufrieden: „Wir sind gut eingespielt mit unserem inklusiven Team.“ Jeder habe seinen Platz und seine Aufgabe. Die Werkstatt-Beschäftigte Sarah Kirst freut sich, „dass wir endlich wieder andere Menschen sehen können“. Nach mehr als einem Jahr Corona-Pandemie mit vielen Einschränkungen ist die junge Frau froh, neben ihren gewohnten Beschäftigungen eine weitere sinnvolle Arbeit zu leisten. Der Benediktushof Maria Veen, in dem rund 600 Erwachsene, Kinder und Jugendliche mit Behinderung wohnen, lernen und arbeiten, übernehme damit Verantwortung im Sozialraum Reken, so Matthias Hartkamp.

Viele Getestete bedanken sich ausdrücklich für den „netten und herzlichen Umgang“ im Bürgertestzentrum Benediktushof.

**Marit Konert**

*Benediktushof | Maria Veen*

*Kontakt: presse@benediktushof.de*

## Füreinander Segen sein – das gilt doch für alle!

### Stellungnahme zum Responsum der vatikanischen Glaubenskongregation zur Segnung gleichgeschlechtlicher Paare

Am Montag, dem 15. März 2021, veröffentlichte die Glaubenskongregation in Rom ein sogenanntes Responsum ad dubio, in dem sie die Möglichkeit zur kirchlichen Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften bestreitet. Als CBP teilen wir diese Auffassung nicht, auch deshalb, weil sie unserer alltäglichen Seelsorgepraxis widerspricht, und begründen dies in nachfolgender Stellungnahme:

Nach christlichem Grundverständnis sind wir Menschen von Gott als sein Ebenbild geschaffen. Als Gottes Geschöpfe sind wir von ihm bejaht und geliebt. Der Wert und die Würde jedes Menschen sind von Gott her bestimmt. Gott wurde in Jesus Mensch, damit wir seine Liebe zu uns Menschen erfahren.

Diesem Menschenbild fühlen wir uns als CBP verpflichtet. Wir haben Ehrfurcht vor dem Leben in all seinen Phasen und all seinen Erscheinungsformen. Jeder Mensch ist von Gott gewollt und erfährt hierdurch seine eigene tiefste Würde. Tendenzen, die sich gegen das

Leben richten, verpflichten uns zur Auseinandersetzung und zum entschiedenen Handeln.

Als CBP achten wir alle Menschen – unabhängig von Religion, Hautfarbe, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, gesellschaftlicher Stellung, beruflichem Erfolg oder sexueller Orientierung.

Das entspricht auch unserer Anwaltschaft für Menschen mit Beeinträchtigungen, wie es die Behindertenrechtskonvention mit dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung betont.

Homosexualität ist für uns ein Ausdruck der Vielfalt menschlichen Lebens und der guten Schöpfung Gottes. Mit welchem Recht dürfte dann Menschen, die einander in Liebe zugetan sind, der Segen Gottes vorenthalten werden?

Wir sind in Übereinstimmung mit dem Zeugnis der Bibel der Auffassung, dass allein die gegenseitige Liebe der Partner und Partnerinnen und nicht ihre mögliche Gleichgeschlechtlichkeit Kriterium für den kirchlichen Segen und Beistand sein sollte.

**Ausschuss Theologische Grundsatzfragen im CBP**

## Bewegt und bewegend – Geschichten aus Liebenau: Menschen mit Behinderung sprechen über sich und die Welt

Unter den Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt findet sich ein besonderes Buch. Es öffnet die Tür zu einer Welt, die vielen unbekannt ist, und ermöglicht Begegnungen mit anderen Menschen, ihren Erlebnissen und Perspektiven. Die Autorinnen und Autoren sind Menschen mit Behinderung aus der Stiftung Liebenau.

### Eine Bühne für Menschen mit Behinderung

„Mit diesem Buch möchten wir den Menschen in der Stiftung Liebenau eine Bühne geben“, sagt Prälat Michael H. F. Brock, Vorstand der Stiftung Liebenau, der als Mitherausgeber gemeinsam mit Ruth Hofmann und Anne Oswald fungiert. Unter dem Titel „So vieles, was mein Herz bewegt“ sprechen Menschen mit Behinderungen über sich – manchmal zurückhaltend, manchmal schwelgerisch. Mit ihren Erinnerungen, Gedichten, Interviews, Gedankensplittern lassen sie andere an ihrer Welt teilhaben.

### Respekt und Offenheit in der Arbeit

Den Impuls für das Buch, das im Patmos-Verlag erschienen ist, gab ein kreatives Schreibseminar und eine anschließende Schreibwerkstatt in der Stiftung Liebenau. Über mehrere Monate fanden Erinnerungen, Kummer, Freuden, Wünsche und Sehnsüchte ihren Weg aufs Papier. Einige haben selbst geschrieben, andere haben ihre Gedanken

diktiert. Parallel zu den Werkstatt-Texten entstanden weitere Beiträge, manche ganz eigenständig daheim, andere bei Gruppenarbeiten, begleitet von engagierten Fachkräften. Geprägt war die Arbeit von großem Respekt füreinander und von vertrauensvoller Offenheit. „Die Schreibwerkstatt war für mich optimal. Da konnte ich schreiben, was ich fühle und denke und was gerade in meinem Kopf herumschwirrt. Schreiben liegt mir am Herzen und macht mir sehr viel Freude“, sagt etwa Autorin Johanna Stumpfögger.

Mehr über das Buch, eine Leseprobe und eine digitale Buchvorstellung finden sich hier: [www.stiftung-liebenau.de/buch-mein-herz](http://www.stiftung-liebenau.de/buch-mein-herz).

**Brock, M. H. F.; Hofmann, R. et al. (Hrsg.): „So vieles, was mein Herz bewegt“.**  
**Ostfildern: Patmos Verlag,**  
**2021, ISBN 978-3-8436-1320-0,**  
**88 S., 15 Euro.**



## Mehr wert als ein Danke – auch nach Corona!



In der Pandemie hat der CBP mit seinen Mitgliedern und anderen Akteuren der Sozialwirtschaft die Initiative „Mehr wert als ein Danke“ unterstützt ([www.mehr-wert-als-ein-danke.de](http://www.mehr-wert-als-ein-danke.de)). Ihre Kernforderungen waren: bessere Arbeitsbedingungen, gerechter Lohn und mehr Wertschätzung. Am 18. November 2020 wurden die Forderungen

gen als Petition, unterzeichnet von mehr als 53.000 Menschen, an Marian Wendt überreicht, den Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages. Im März 2021 erhielten die Organisator(inn)en Antwort vom Petitionsausschuss, in der es unter anderem heißt: Die Fachkräfte in der Behindertenhilfe und Psychiatrie haben Wertschätzung verdient! Der Bundestag wird sich insgesamt in der Pflege-, Gesundheits- und Sozialbranche für bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen einsetzen. Konkrete Gesetzesvorhaben wurden aber nicht benannt.

Der CBP bezieht diesbezüglich ganz klar Position und setzt sich auch zukünftig mit seiner Fachkräfte-Kampagne für die Interessen der Fachkräfte in der Behindertenhilfe und Psychiatrie ein. Das Ziel: ihnen auf gesellschaftspolitischer Ebene mehr Wertschätzung zu verschaffen, die Attraktivität

der Kernberufe zu steigern und durch Veränderung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen einem Mangel an qualifiziertem Personal entgegenzuwirken. Die Politik ist gefordert und wird sich an ihrem Dazutun messen lassen müssen – auch im anstehenden Bundestagswahlkampf. Ein bloßes „Danke“ reicht in Zukunft nicht.

## Menschen im Verband

### Nachruf für Irene Reddmann



Irene Reddmann starb am 28. Mai 2021 mit 67 Jahren, nach fast dreijähriger schwerer Krankheit. Sie war eine Kämpferin und Netzwerkerin par excellence und vielen anderen Engagierten in der Caritas eine hochgeschätzte Mitstreiterin. Als Geschäftsführerin des Caritasverbandes Rheine prägte sie dessen

Wachstum und Weiterentwicklung mit einem aufmerksamen und liebevollen Blick für Menschen, die Hilfe benötigen.

Engagiert und überzeugend setzte sie sich für den Zusammenschluss der traditionsreichen vier Fachverbände der Behindertenhilfe und Psychiatrie im Deutschen Caritasverband (DCV) zum CBP ein, der 2001 gelang. Einige Jahre vertrat sie im Vorstand des CBP mit Herz und Verstand die Belange der Dienste und Einrichtungen für psychisch erkrankte und eingeschränkte Menschen. Ihr hoher Sachverstand, ihre analytischen Fähigkeiten, ihr Respekt für unterschiedliche und widersprüchliche Anliegen und ihr Verhandlungsgeschick machten sie zu einer streitbaren und hoch geachteten Vertreterin der

Dienstgeberseite in der Arbeitsrechtlichen Kommission des DCV. Zusätzlich engagierte sie sich in ihren letzten Berufsjahren im Caritasrat. Ihr Lachen, ihr Humor, ihre Herzlichkeit halfen, in kritischen Situationen am Ball zu bleiben und Lösungen zu finden. Wer Irene Reddmann gekannt hat, wird sie schmerzlich vermissen, als Caritasfrau und als Menschenfreundin.

### Neuer Referent in der CBP-Geschäftsstelle

Seit Juni 2021 ist Thomas Schneider als neuer Referent für Strategische Kommunikation in der CBP-Geschäftsstelle tätig. In den zurückliegenden 14 Jahren war er für die Kommunikation beim Bundesverband evangelische Behindertenhilfe zuständig. Seine vielfältigen Erfahrungen und Kontakte wird er nun beim CBP einbringen und zum Wohle der Mitglieder sowie vor allem der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung einsetzen. In der Geschäftsstelle wird er die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit steuern sowie den Vorstand in strategischen Fragen der Kommunikation beraten.



## Medientipps

### Leichtes Gotteslob lädt alle zum Mitsingen im Gottesdienst ein

Inklusion für Menschen mit Behinderung – das zeigt sich auch beim Thema Musik und Singen. Es gibt viele Barrieren für Menschen mit und ohne Behinderung: Unbekannte Lieder, schwere Lieder, schwere Liedtexte und schwere Melodien. Viele Menschen können keine Noten lesen, andere können den Text nicht lesen. Leichte Lieder senken die Barrieren beim gemeinsamen Singen. Über 200 leichte Lieder sind im LeiGoLo – dem Leichten Gotteslob – abgedruckt.

Haas, R. (Hrsg.): Gemeinsam bunt – Leichtes Gotteslob. Kempten: Robert Haas Musikverlag, 2021, 9,99 Euro. Zu bestellen unter <http://shop.robert-haas.de>

### Materialien zur „Schadstoff-Zigarette“ in Leichter Sprache

Im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Tandem – besondere Hilfen für besondere Menschen im Netzwerk der Behinderten- und Suchthilfe“ hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe Materialien rund um das Thema „Was ist in einer Zigarette? – Die Schadstoff-Zigarette in Leichter Sprache“ entwickelt. Über die Projekt-Website (s. unten) können heruntergeladen oder bestellt werden: eine Broschüre mit Informationen für Fachkräfte, eine Übersicht zu hilfreichen Links und Materialien, eine Auflistung von Broschüren in Leichter Sprache, das Plakat „Was ist in einer Zigarette?“ und eine Postkarte.

[www.lwl-ks.de/de/projekte/tandem/tandem-downloads/](http://www.lwl-ks.de/de/projekte/tandem/tandem-downloads/)

### Verbraucherinfos über gute Ernährung in einfacher Sprache

Verbraucherinnen und Verbraucher finden auf der Website des Bundeszentrums für Ernährung (BZfE) ein breites Themen-Angebot rund um unsere Nahrung: hilfreiche Tipps für den Einkauf von Lebensmitteln, Informationen über Schadstoffe oder Allergene, über die gute Lagerung von Lebensmitteln, darüber, was gerade Saison hat, und natürlich auch für die Zubereitung leckerer Gerichte. Das Online-Angebot richtet sich in einfacher Sprache sowohl an geübte als auch an ungeübte Leser(innen).

[www.bzfe.de/einfache-sprache/](http://www.bzfe.de/einfache-sprache/)

### Ergebnisse zur Begleitung am Lebensende

Das Forschungsprojekt PiCarDi hat sich in den Jahren 2017–2020 multiperspektivisch mit Fragen der palliativen Versorgung und hospizlichen Begleitung von Menschen mit geistiger und/oder schwerer Behinderung auseinandergesetzt. Die Ergebnisse des Forschungsteam von drei deutschen Hochschulen und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen für die Praxis sind nun auf der Website des Projektes abrufbar: [www.picardi-projekt.de](http://www.picardi-projekt.de)

### In Leichter Sprache: Infos rund um die Bundestagswahl 2021

Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt für die Bundestagswahl am 21. September 2021 wieder verschiedene Informationsmaterialien in Leichter Sprache online bereit. Drei Broschüren aus der Reihe „einfach POLITIK“ können auch als gedruckte Ausgaben bestellt werden: „Bundestagswahl 2021“, „Bundestagswahl 2021 kurz und knapp“ sowie „Einmischen. Mitentscheiden.“

Alle Informationen dazu finden Sie auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung (per Kurzlink: <https://bit.ly/2SjgNmT>).

## CBP-Kalender

(Unter dem üblichen Corona-Vorbehalt)

### 4. BTHG-Fachtag 2021

**14. September 2021, Frankfurt am Main**

» Leitungs- und Fachkräfte

### Fachforum der Technischen Leitungen

**21./22. September 2021, Berlin**

» Technische Leitungen aus Mitgliedseinrichtungen

### CBP-Mitgliederversammlung 2021

**30. September/1. Oktober 2021, Berlin**

» CBP-Mitglieder

### 5. BTHG-Fachtag 2021

**27. Oktober 2021, Frankfurt am Main**

» Leitungs- und Fachkräfte

### 1. CBP-Vernetzungstreffen

**28./29. Oktober 2021**

Erfahrungs- und Informationsaustausch für Wohneinrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung sowie Schulleitungen und Lehrkräfte von Förderschulen an Wohneinrichtungen

### 1. Fachkräfte-Fachtag 2021

**10. Dezember 2021, Berlin**

» Leitungs- und Fachkräfte

## NACHGEDACHT



**Janina Bessenich**  
Geschäftsführerin und  
Justiziarin des CBP  
E-Mail: [janina.bessenich@caritas.de](mailto:janina.bessenich@caritas.de)

### Teilhabe trotz Pandemie

Zu Beginn der Pandemie im Frühling 2020 haben viele gehofft, dass wir als Gesellschaft mehr zusammenwachsen werden. Die Solidarität aber wurde ganz neu buchstabiert und bedeutet in der Corona-Zeit auch den Verzicht auf die sozialen Kontakte mit anderen Menschen, also auch den Verzicht auf soziale und politische Teilhabe.

Die Schriftstellerin Juli Zeh hat in der Süddeutschen Zeitung festgestellt, es sei „erstaunlich eigentlich, dass den Menschen ihr Handy wichtiger ist als ihre Bewegungsfreiheit oder die Schulpflicht ihrer Kinder“. Diese Wahrnehmung macht deutlich, dass die soziale Teilhabe oder die Teilhabe an Bildung relativiert worden ist. Die Gesellschaft hat sich verändert, und die Teilhabe hat sich zur digitalen Teilhabe gewandelt. Diese Entwicklung hat erhebliche Auswirkungen auf die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Heute wissen wir, dass Menschen mit Behinderung zur Risikogruppe gehören. Dies droht die Menschen auf das erhöhte Infektionsrisiko zu reduzieren, bringt aber andererseits den besonderen Schutz mit sich, der für die Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung gewährleistet werden muss. Die Schutzmaßnahmen wurden amtlich beschlossen und haben teilweise vollständig die Teilhabe von Menschen mit Behinderung über Monate ausgesetzt beziehungsweise auf das Gelände von Einrichtungen eingegrenzt.

Hermann Unterstöger spottete schon mal: „Risikogruppe, wie sich das schon anhört! Das Wort riecht nach einem bedauerlichen Hang zum Kriminellen, nach Haltlosigkeit und schiefer Bahn, nach hochgefährdeter Jugend.“ Menschen mit Behinderung und psychischer Erkrankung wurden wieder, diesmal als Risikoträger(innen), zur Randgruppe – verdrängt natürlich zu ihrem Schutz. Diese Zuordnung und alle Schutzmaßnahmen haben

massive Auswirkungen auf alle Menschen. Der Reset-Knopf von der Inklusion zur Exklusion wurde über Monate bedient. Die Lebensrealität vieler Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung war in der Corona-Krise die Isolation aufgrund der behördlich angeordneten Besuchs- und Betretungsbeschränkungen.

Die Notwendigkeit der Einschränkungen ist angesichts der Infektionszahlen nicht infrage zu stellen, wir alle stehen aber vor einer immensen Herausforderung, die Teilhabe für alle Menschen mit Einschränkungen und für ihre Familien neu zu gestalten. Hierfür gibt es keinen „Enter-Knopf“ – oder doch?

Mitarbeitende in Einrichtungen und Diensten haben sich monatelang an Corona-Verordnungen und Schutzmaßnahmen abgearbeitet und den Schutz von Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung sichergestellt.

Nun steht die eigentliche Herausforderung unmittelbar bevor. Es geht um die Unterstützung bei der sozialen und politischen Teilhabe. Ihre Finanzierung war schon vor der Corona-Pandemie in der Krise durch pauschale Vergütungen, die sich auf die Alltagsversorgung konzentrieren und keine individuelle soziale oder politische Teilhabe erlauben, geprägt. Die Corona-Pandemie hat die Krise noch mehr verschärft, weil zum Schutz der Menschen die Erforderlichkeit der vollen und wirksamen Teilhabe häufig bei staatlichen Schutzmaßnahmen ausgeblendet worden ist und die Isolation, nicht die Inklusion über Monate zur Normalität wurde.

Die Zukunftsfähigkeit der Behindertenhilfe hängt davon ab, dass sie sich nicht dem Corona-Schicksal unterwirft, sondern Zuversicht bewahrt und die volle und gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung mit voller Wucht einfordert und gestaltet. Die Zeit drängt, und die politische Teilhabe von allen Menschen gehört zur Demokratie. Bleiben Sie gesund und demokratisch! Janina Bessenich

## IMPRESSUM

[www.cbp.caritas.de](http://www.cbp.caritas.de)

Redaktion: Janina Bessenich (jb, verantwortlich), Ute Dohmann-Bannenber (udb), Annett Löwe (al), Tatjana Sorge (so), Klemens Bögner

Reinhardtstraße 13, 10117 Berlin, E-Mail: [cbp@caritas.de](mailto:cbp@caritas.de), Tel. 0 30/28 44 47-8 22, Fax: 0 30/28 44 47-8 28

Vertrieb: Bettina Weber, Lambertus-Verlag GmbH; Tel. 07 61/3 68 25-0, Fax: 3 68 25-33, E-Mail: [neue-caritas@lambertus.de](mailto:neue-caritas@lambertus.de)

Titelfoto: Franz-Sales-Haus, Essen

Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung. Herausgegeben vom CBP e. V. in Freiburg

